

Stand: 20.04.2026 06:32:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8320

"Bayerischen Rettungsschirm für den ÖPNV unverzüglich umsetzen - Der Freistaat muss Bundesmittel schnell aufstocken"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8320 vom 16.06.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 17.06.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/10297 des BV vom 07.10.2020
4. Beschluss des Plenums 18/10819 vom 21.10.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 21.10.2020



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

### **Bayerischen Rettungsschirm für den ÖPNV unverzüglich umsetzen – Der Freistaat muss Bundesmittel schnell aufstocken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den bayerischen Rettungsschirm zur Unterstützung des ÖPNV in der Corona-Krise zu schaffen. Der Rettungsschirm soll mindesten 400 Mio. Euro umfassen, dient zum Ausgleich der verringerten Fahrgeldeinnahmen und verhindert sonst drohende massive Kürzungen im ÖPNV mit all ihren negativen Folgen sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für Umwelt und Klima. Er ergänzt das vom Koalitionsausschuss in Berlin angekündigte Konjunkturpaket des Bundes und wird entsprechend ausgestattet und aufgesetzt. Die Finanzierung kann aus dem bayerischen Sonderfonds Corona-Pandemie erfolgen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zusammen mit dem Bund eine schnelle Erarbeitung und Umsetzung von Rahmenregelungen erfolgt. Ziel ist eine möglichst schnelle Abwicklung des Rettungsschirms des Bundes und der additiven Finanzhilfen des Freistaates. Eine Möglichkeit hierzu ist es auch, Abschlagsbeträge vorzusehen und auszubezahlen.

#### **Begründung:**

Die Corona-Pandemie trifft den ÖPNV auch in Bayern besonders stark. Während die Fahrgastzahlen laut Verkehrsministerkonferenz zwischen 70 und 90 Prozent zurückgegangen sind, wird der Betrieb im Sinne der Daseinsvorsorge fast vollständig aufrechterhalten. Dem Rückgang der Einnahmen stehen entsprechend fast unveränderte Kosten gegenüber. Laut Branchenschätzungen ist in Bayern für das Jahr 2020 mit fehlenden Fahrgeldeinnahmen von 875 bis 1.170 Mio. Euro zu rechnen. Die vom Koalitionsausschuss auf Bundesebene angekündigte Erhöhung der Regionalisierungsmittel für 2020 in einer Höhe von 2,5 Mrd. Euro ist ein wichtiger Schritt und ein klares Signal zum Erhalt eines leistungsfähigen ÖPNV in Deutschland und ein Bekenntnis des Bundes für seine Mitverantwortung in diesem Bereich. Von den Mitteln werden nach bisherigen Schätzungen zwischen 380 und 450 Mio. Euro auf Bayern entfallen. Die Mittel des Bundes allein werden also nicht ausreichen, um die coronabedingten Mindereinnahmen im ÖPNV insgesamt angemessen abzufedern, geschweige denn komplett zu ersetzen. Da es sich unzweifelhaft bei der Bereitstellung eines gut funktionierenden ÖPNV auch um eine Landesaufgabe handelt, sind auch die Länder gefordert. Einige Bundesländer haben auch schon reagiert und ergänzende Rettungsschirme auf den Weg gebracht.

Sollte in Bayern eine Ko-Finanzierung durch den Freistaat ausbleiben, drohen nicht allein Angebotseinschränkungen, sondern wird die Verkehrswende als Ganzes gefährdet. Der ÖPNV in Bayern ist auf schnelle finanzielle Hilfen des Freistaates angewiesen.

Daher müssen der Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 16. Juni 2020 für einen bayerischen ÖPNV-Rettungsschirm umgehend Taten folgen.

Unabhängig des Rettungsschirms, der die ersten negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie abfedern soll, dürfen notwendige Investitionen in neue Fahrzeuge, die Digitalisierung, Elektrifizierung, Optimierung der Verbundsstrukturen etc. nicht auf die lange Bank geschoben, sondern müssen ebenfalls zeitnah angegangen werden.

ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8337 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer ist dagegen? – SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8320 mit 18/8323 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)**  
**Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen**  
**(Drs. 18/6081)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich darf nun den ersten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Henkel? – Nein, Entschuldigung, das ist Herr Abgeordneter Böhm.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Oft wird hier von Solidarität innerhalb der EU gesprochen. Aber auch wenn Länder wie Serbien und Bosnien ihren Beitritt in eine EU, wie wir sie heute noch in den Köpfen der Eurokraten sehen, nicht erleben werden, sind diese Staaten entlang der Balkanroute doch europäische Staaten, die gerne die Verbundenheit souveräner Vaterländer erfahren dürfen. Besonders seitdem unsere Freunde in Ungarn es mit ihrem dort im Land überaus beliebten und von der CSU lange hofierten Ministerpräsidenten Orbán leisten, die gebotene Sicherheit an der dortigen EU-Außengrenze zu gewähren, sucht sich die illegale Migration neue Wege, nämlich die Balkanroute.

Freundschaft ist auch gegenseitige Hilfe in der Not. Die Not ist dort groß, wo kleine und wirtschaftlich schwache Staaten die Aufgaben wahrnehmen, die eigentlich der EU obliegen, nämlich Kroatien, Slowenien, Österreich und als finales Ziel Deutschland vor illegaler Wirtschaftsmigration zu schützen sowie die weitere Plünderung der gebeutelten Sozialsysteme in diesen und anderen Ländern zu verhindern.

Alleine 2019 entstanden dem Bund für Asylforderer, bedingt durch jahrelangen mangelnden Grenzschutz, Kosten von 32 Milliarden Euro. Zwar hat sich die Bundesregierung in der Corona-Krise wohl daran erinnert, dass Grenzen zu schließen und zu kontrollieren sind, doch die wirklichen Gefahren werden uns bald wieder ganz ungefiltert erreichen.

Einzig wirksamer Filter scheint die Grenzsicherung der Balkanstaaten, die jegliche Unterstützung verdient, sowie die Förderung des Errichtens von Aufnahmelagern in diesen Ländern. Durch schnelle, schlanke und finale Prozesse müssen die Migranten schon dort strikt auf ihren Status geprüft und zeitnah zurückgeführt werden. Dies ist nicht nur bedeutend effektiver, sondern auch kostengünstiger als jede



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Inge Aures  
u.a. und Fraktion (SPD)**  
Drs. 18/8320

**Bayerischen Rettungsschirm für den ÖPNV unverzüglich umsetzen - Der Freistaat muss Bundesmittel schnell aufstocken**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Natascha Kohnen**  
Mitberichterstatlerin: **Ulrike Scharf**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 25. Sitzung am 23. Juni 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Enthaltung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 72. Sitzung am 7. Oktober 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Sebastian Körber**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/8320, 18/10297

**Bayerischen Rettungsschirm für den ÖPNV unverzüglich umsetzen – Der Freistaat muss Bundesmittel schnell aufstocken**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Dr. Wolfgang Heubisch**

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.



2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union  
 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
 Eine Wasserstoffstrategie für ein klimafreundliches Europa  
 COM(2020) 301 final  
 BR-Drs. 452/20  
 Drs. 18/10000, 18/10726 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
 Digitale Wirtschaft und Gesellschaft  
 Gesetz über digitale Dienste: Vertiefung des Binnenmarktes und Klärung der Zuständigkeiten für digitale Dienste  
 02.06.2020 - 08.09.2020  
 Drs. 18/8545, 18/10724 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für  
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/10724 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH



## Anträge

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)  
Bayerischen Rettungsschirm für den ÖPNV unverzüglich umsetzen -  
Der Freistaat muss Bundesmittel schnell aufstocken  
Drs. 18/8320, 18/10297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Duales Studium: Ein Baustein zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen  
Dienst  
Drs. 18/8912, 18/10265 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a.  
SPD  
Auswirkungen der Corona-Krise auf den öffentlichen Dienst:  
Umfassende Zwischenbilanz im Sinne der Beamtinnen und Beamten  
und der Tarifbeschäftigten des Freistaates ziehen!  
Drs. 18/8973, 18/10264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>